

## Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche  
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:  
[www.hamburg.de/wochendienst](http://www.hamburg.de/wochendienst)

Nr. 33

vom 30. August 2013  
Redaktion: Katja Richardt

## Gesundheit und Verbraucherschutz

Patientenentschädigung: Hamburg legt Vorschlag für einen Härtefallfonds vor ..... 2

## Schule, Jugend und Berufsbildung

Inklusion: Hohe Zahlen „nicht überbewerten“ ..... 4

## Inneres

Hamburg hilft syrischen Kriegsflüchtlingen ..... 8

## Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Senat plant weitere Erleichterungen für den Wohnungsbau ..... 9

## Wirtschaft und Hafen

Gemeinsames Vorgehen für ein Norddeutsches Luftverkehrskonzept,  
die Ernährungswirtschaft und die Offshore-Windenergie ..... 10

Erste Kostenschätzung für S4 liegt vor – Vorentwurfsplanung bald abgeschlossen ..... 13

Stiftung Schifffahrtsstandort Deutschland ..... 17

HPA legt ersten Nachhaltigkeitsbericht vor ..... 18

## Kultur

Elbkulturfonds für 2014 ausgeschrieben ..... 20

Hamburger Kinopreise 2013 vergeben ..... 21

Feierliche Preisverleihung MUSIC WORKS 2013 ..... 23

## IBA

IBA-Plakette für Projekt der KerVita-Gruppe in Wilhelmsburg ..... 25

Kunst macht Arbeit am Veringkanal ..... 27

## Zur Information

Terminkalender ..... 29

28. August 2013/bgv28

## **Patientenentschädigung: Hamburg legt Vorschlag für einen Härtefallfonds vor**

**Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks präsentiert Gutachten der  
Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Hart und Prof. Dr. Francke**

Um Opfern von medizinischen Behandlungsfehlern in Zukunft besser und unbürokratischer helfen zu können, schlägt Hamburgs Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks (SPD) die Einführung eines Patientenentschädigungs- und -härtefallfonds (PatEHF) vor. Dazu hat die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz ein Gutachten und zugleich einen Entwurf für ein Bundesgesetz durch zwei renommierte Rechtswissenschaftler ausarbeiten lassen.

Die Entschädigung von Patientinnen und Patienten nach Behandlungsfehlern ist nach wie vor lückenhaft – mit vielfach harten Folgen für die Betroffenen: Sie müssen nicht nur eventuell schwerwiegende gesundheitliche Folgen von Behandlungsfehlern tragen, sondern oft jahrelang und manchmal vergeblich auf juristischem Wege für eine Entschädigung kämpfen. Oftmals gelingt es nicht mit ausreichender Sicherheit nachzuweisen, dass ein Behandlungsfehler ursächlich für einen Gesundheitsschaden ist.

„Diese Lücke hat auch das vom Bundestag jüngst erlassene Patientenrechtegesetz nicht schließen können. Es ist gerade in diesem Punkt sehr weit hinter dem Notwendigen zurückgeblieben“, kritisiert **Prüfer-Storcks**.

Um abzuklären, wie ein bundesweiter Patientenentschädigungs- und -härtefallfonds auszugestalten wäre, wurden die renommierten Bremer Rechtswissenschaftler **Prof. Dr. Dieter Hart** und **Prof. Dr. Robert Francke** mit der Erarbeitung eines Gutachtens und der Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzesvorschlags beauftragt. Deren Entwurf sieht vor, eine bundesmittelbare Stiftung öffentlichen Rechts zu gründen, die über eine Entschädigungskommission und eine Härtefallkommission den Betroffenen helfen kann. „Gegenüber bestehenden Verfahren kann der Fonds schnell und effektiv für eine Entschädigung und gegebenenfalls einen Härtefallausgleich bei Schäden durch medizinische Behandlungen im Krankenhaus sorgen“, so Gutachter **Prof. Dr. Dieter Hart**.

Dabei ist vorgesehen, dass der Fonds hilft, wenn überwiegend wahrscheinlich Behandlungs- und Organisationsfehler oder unbekannte Komplikationen bei einem Eingriff zu einem erheblichen Schaden geführt haben. Hier soll auch die Belastung der Lebensführung der Betroffenen eine Rolle spielen. Der Entschädigungsfonds wird nur dann einspringen, wenn dem Betroffenen über

herkömmliche haftungsrechtliche Ansprüche nicht geholfen werden kann, weil der Behandlungsfehler und/oder der Zusammenhang mit dem erheblichen gesundheitlichen Schaden nicht mit der dafür ausreichenden, weit überwiegender Wahrscheinlichkeit nachgewiesen werden konnte. Vorgesehen ist, die Entschädigungssumme in der Regel auf 100.000 Euro, im Ausnahmefall auf maximal 200.000 Euro zu begrenzen. Der Fonds wird auf Antrag der Betroffenen aktiv. Damit sie aber nicht zu lange auf eine Entscheidung warten müssen, ist eine vorgegebene Entscheidungsfrist geplant. Die Gutachter schlagen vor, dass eine entsprechende Stiftung zunächst mit 100 Millionen Euro ausgestattet wird.

Bei ihrem Vorschlag haben sich die Professoren an bestehenden Medizinschadenfondsmodellen unter anderem in Österreich und Frankreich orientiert. Dennoch würde mit einer solchen Einrichtung auch gesundheitspolitisches Neuland beschritten, sagt Gutachter **Prof. Dr. Robert Francke**. „Um hier weitere Erfahrungen zu sammeln, schlagen wir vor, den Fonds in einem ersten Schritt auf zehn Jahre befristet anzulegen und ihn wissenschaftlich zu begleiten.“ Danach solle über die endgültige Struktur entschieden werden.

**Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks:** „Der Bundesgesundheitsminister hat den Härtefallfonds mit der Begründung abgelehnt, es gebe kein umsetzbares Konzept. Diese Ausrede gilt ab heute nicht mehr.“

#### **Rückfragen der Medien:**

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz  
Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: [pressestelle@bgv.hamburg.de](mailto:pressestelle@bgv.hamburg.de); Internet: [www.hamburg.de/bgv](http://www.hamburg.de/bgv)

27. August 2013/bsb27

## Inklusion: Hohe Zahlen „nicht überbewerten“

### Gutachter hinterfragen in Zwischenbericht die hohen LSE-Zahlen

Die seit 2010 stark gestiegene Anzahl von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Bereichen Lernen, Sprache sowie emotionale und soziale Entwicklung (LSE) wird jetzt genauer untersucht. Schulsenator Ties Rabe: „Analysen zeigen: Nur ein Drittel der heute von den allgemeinen Schulen gemeldeten LSE-Kinder wäre früher wirklich als Sonderschüler an die Sonderschule geschickt worden. Zwei Drittel waren dagegen schon immer an den allgemeinen Schulen und wurden früher nicht als sonderpädagogisch förderbedürftig eingestuft. Hier wird deutlich: Nicht die Kinder, sondern der Blick auf die Kinder hat sich verändert.“ In einem ersten Zwischenbericht einer Untersuchung der Schuljahre 2011 und 2012 weisen auch die Professoren Karl Dieter Schuck und Wulf Rauer auf diese Entwicklung hin. Sie raten deshalb „dringend davon ab, die erhöhten LSE-Zahlen überzubewerten und daraus vorschnelle Entscheidungen zu entwickeln.“ Vielmehr sollten die Verfahren zur Entwicklung diagnosegestützter Förderpläne verbessert und mögliche Fehlerquellen in der Statistik reduziert werden. Die systemische Personalzuweisung der Behörde sei richtig. Mittelfristig sei zu überprüfen, ob der Förderschwerpunkt „emotionale und soziale Entwicklung“ aus diesem Paket gänzlich herausgenommen oder durch eine individuelle Ressource ergänzt werden könnte. Langfristig könnte auch überlegt werden, die systemische Ressource mit den Fördermitteln für die Lern- und Sprachförderung zu verschmelzen.

Vom Schuljahr 2009/10 bis zum Schuljahr 2012/13 meldeten die allgemeinen Schulen im Rahmen der Inklusion einen Zugang von 3.822 LSE-Kindern. Diesem Anstieg steht aber nur ein Rückgang von 1.348 LSE-Kindern an den Sonderschulen gegenüber. Das heißt: Nur ein Drittel der heute von den allgemeinen Schulen gemeldeten LSE-Kinder wäre früher wirklich zur Sonderschule geschickt worden. Besonders auffällig sind diese Differenzen in einzelnen Schulregionen. In Harburg beispielsweise blieb die Zahl der LSE-Kinder an den Sonderschulen trotz der Inklusion unverändert (2009: 415 Kinder, 2012: 414), dennoch meldeten die Grund- und Stadtteilschulen einen Zuwachs von 332 LSE-Kindern. Faktisch waren in Harburg seit 2010 gar keine LSE-Sonderschüler an die allgemeinen Schulen gewechselt.

Schulsenator Rabe: „Diese Zahlen zeigen: Zwei Drittel der heute von den allgemeinen Schulen gemeldeten LSE-Kinder wären vor 2010 gar nicht als Sonderschüler eingestuft worden, sondern mit „Bordmitteln“ an den allgemeinen Schulen unterrichtet worden. Mit der Inklusion hat sich der Blick auf die Kinder verändert. Kinder, deren auffälliges Lernverhalten früher toleriert wurde, gelten heute als sonderpädagogisch förderbedürftig. Vor diesem Hintergrund relativieren sich die hohen Zahlen einzelner Schulen: Die meisten Kinder waren auch schon vor der Inklusion an den allgemeinen Schulen.“ Für die Kinder sieht Rabe jetzt deutliche Vorteile: „Dank engagierter Lehrkräfte und besser ausgestatteter Schulen werden heute viel mehr Kinder individuell über eigene Förderpläne gefördert

als noch vor drei Jahren. Quantität und Qualität des Förderangebots haben sich dadurch deutlich verbessert.“

Im Auftrag der Schulbehörde untersuchen jetzt die Wissenschaftler Prof. Dr. Karl Dieter Schuck und Prof. Dr. Wulf Rauer den Anstieg zwischen den Schuljahren 2011 und 2012 genauer. Im Rahmen dieser Untersuchung werden die vorhandenen statistischen Angaben der Schulen analysiert sowie Gespräche mit Schulleitungen und Lehrkräften geführt. In einem Zwischenbericht vermuten die Wissenschaftler, dass der dramatische Anstieg unter anderem auf veränderte Diagnosemaßstäbe zurückzuführen sei. Ursache sei neben Diagnoseunsicherheiten nun aber auch die Wahrnehmung von moderaten Entwicklungs- und Lernproblemen in einer bisherigen Grauzone.

Oft sei in der Vergangenheit trotz vorhandener Lern- und Entwicklungsprobleme kein sonderpädagogischer Förderbedarf in einem formellen Verfahren festgestellt worden, weil dies nur unter Beteiligung von Sonderschulen erfolgen konnte und Eltern und Lehrkräfte die damit verbundene Gefahr der „Abschulung“ auf eine Sonderschule vermeiden wollten. Seit 2010 könne das Vorliegen eines sonderpädagogischen Förderbedarfs an den allgemeinen Schulen festgestellt werden, zudem sei die Feststellung für das Kind nicht mehr mit einer negativen Stigmatisierung verbunden, sondern löse im Gegenteil eine von Eltern und Lehrkräften begrüßte zusätzliche Förderung aus. Überdies habe die Diskussion um die Inklusion viele Lehrkräfte für das Thema besonders sensibilisiert und die Bereitschaft zur Benennung von Kindern mit besonderen Förderbedarfen erhöht.

Schuck und Rauer verweisen darüber hinaus auf weitere mögliche Ursachen für den Anstieg. So vermuten sie Ungenauigkeiten und Eingabefehler in der Schuljahresstatistik. In einer Stichprobe wurde allein an 12 Schulen bei 130 Kindern ein irrtümlicher LSE-Eintrag entdeckt. Darüber hinaus würden jetzt erstmals die sonderpädagogisch förderbedürftigen Kinder in den auslaufenden integrativen Regelklassen auch als solche benannt. Statt der erwarteten zwei LSE-Kinder pro Klasse würden dabei nun erheblich mehr LSE-Kinder ausgewiesen. Ein weiterer Grund für den Anstieg sonderpädagogischer Förderbedürftigkeit sei auch in den erschwerten Bedingungen des Aufwachsens für Kinder, besonders in sozialen Brennpunkten, zu sehen.

Schulsenator Rabe: „Ich freue mich darüber, dass die Wissenschaftler die Inklusion auf dem richtigen Weg sehen und vor Schnellschüssen warnen. Inklusion braucht Zeit. Sie bietet lernstarken und lernschwachen Kindern neue Chancen. Hektik und Alarmstimmung ist da fehl am Platz. Wir werden jetzt zunächst die Probleme in der Statistik beseitigen. Zudem werden wir die Qualität der Diagnosen und Förderpläne verbessern, indem wir klarere Maßstäbe entwickeln, wann ein Kind sonderpädagogisch förderbedürftig ist und wann nicht. Auf dieser gesicherten Grundlage werden wir künftig Schulen mit besonders vielen LSE-Kindern gezielt mit temporären Verstärkungskräften helfen und Schwankungen zwischen Schulen ausgleichen.“

Rabe wies in diesem Zusammenhang auf bereits eingeleitete Verbesserungen hin: „Um Schulen zu entlasten, fördern Schul- und Sozialbehörde ab diesem Schuljahr 400 besonders verhaltensauffällige Kinder in Kleinstgruppen mit sehr viel Personal. Zudem werden die neuen Fortbildungen für die Inklusion sehr gut besucht: Im Schuljahr 2011/12 gab es 116 Fortbildungsveranstaltungen mit 3.514 Lehrkräften, im Schuljahr 2012/13 waren es 126 Fortbildungen mit 2.969 Teilnehmern. Darüber hinaus wurden 479 (2011/12) und 492 (2012/13) Schulleitungskräfte fortgebildet.“

**Hintergrund:**

2009 hat die Bürgerschaft auf Initiative des damaligen CDU/GAL-Senates einstimmig das Schulgesetz geändert. Seit dem Schuljahr 2010/11 können Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf bei jeder Einschulung der neuen 1. und 5. Klassen zwischen Sonderschulen und allgemeinen Schulen frei wählen. Mittlerweile arbeiten die Klassenstufen 1-8 an den allgemeinen Schulen inklusiv.

Für jedes Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Bereichen Lernen, Sprache sowie emotionale und soziale Entwicklung (LSE) bekommen die allgemeinen Schulen zusätzliches Personal, um wöchentlich 3,5 Unterrichtsstunden doppelt zu besetzen. Dieses Personal wird den Schulen je nach sozialer Lage ihrer Schülerschaft nach unterschiedlichen Schlüsseln zugewiesen („systemische Förderung“). An einzelnen Schulen werden bis zu 14 Prozent LSE-Kinder angenommen, im Hamburger Durchschnitt 5 Prozent.

Für jedes Kind mit einer speziellen Behinderung bekommen die allgemeinen Schulen zusätzliches Personal, um wöchentlich sieben Unterrichtsstunden doppelt zu besetzen. Wenn Schulen nach dem Vorbild der früheren Integrationsklassen vier Kinder mit Behinderungen zusammen mit Kindern ohne Behinderung in einer Schulklasse unterrichten, können wöchentlich 28 Unterrichtsstunden doppelt besetzt werden.

### **Schülerentwicklung im Bereich sonderpädagogischen Förderbedarf LSE:**

Hamburg	Schuljahr	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13
	LSE-Schüler an Förderschulen	4.621	4.209	3.721	3.273
	LSE-Schüler an allg. Schulen (inkl. IR-Klassen)*	1.025	1.857	3.098	4.847
	gesamt	5.646	6.066	6.819	8.120

Rechnerischer Anteil ehemaliger Sonderschüler an den heutigen LSE-Kindern der allgemeinen Schulen: 35%

Harburg	LSE- Schüler an Förderschulen	415	415	409	414
	LSE-Schüler an allg. Schulen (inkl. IR-Klassen)*	32	59	124	364
	gesamt	447	474	533	778

Rechnerischer Anteil ehemaliger Sonderschüler an den heutigen LSE-Kindern der allgemeinen Schulen: 0%

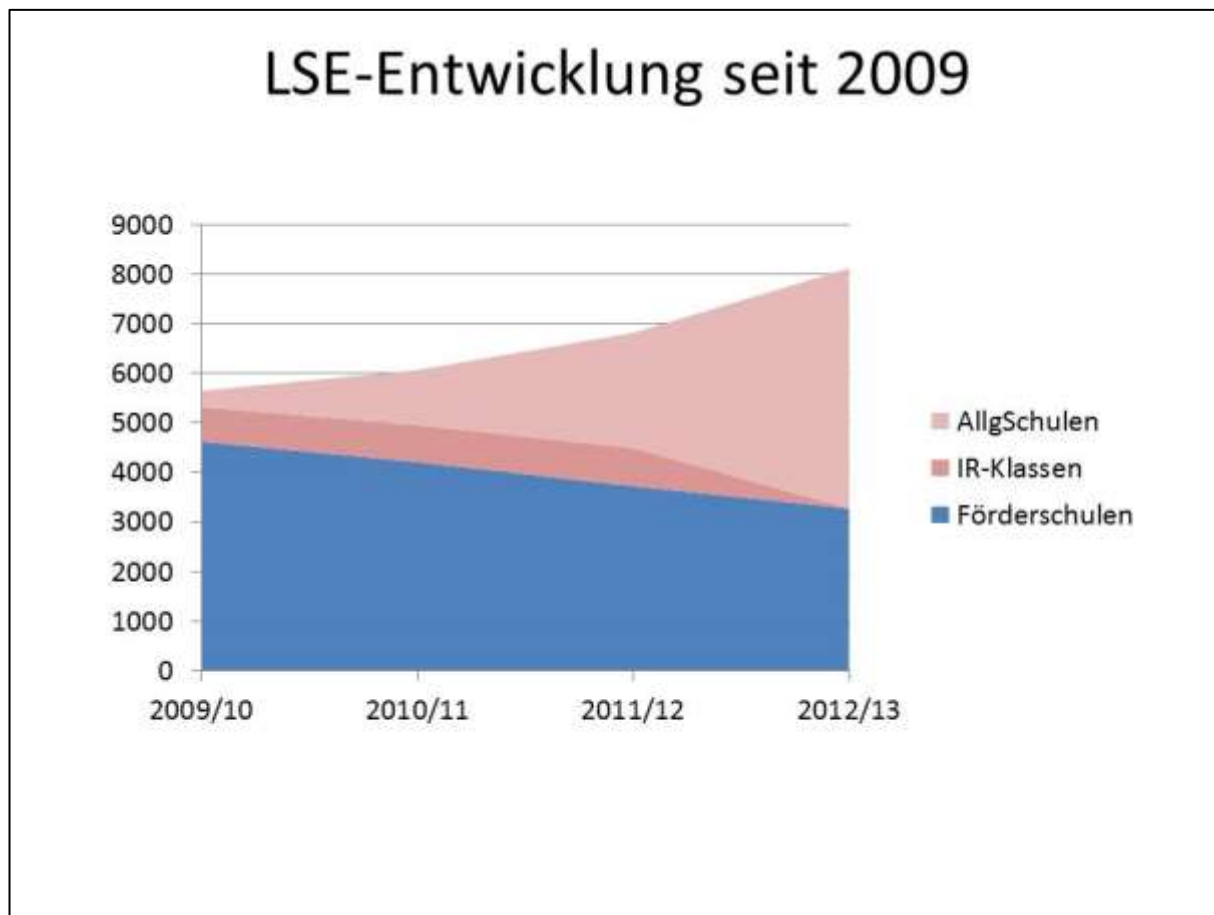
Wilhelmsb.	LSE-Förderschüler an Förderschulen	492	444	422	367
	LSE-Schüler an allg. Schulen (inkl. IR-Klassen)*	47	139	264	448
	gesamt	539	583	686	815

Rechnerischer Anteil ehemaliger Sonderschüler an den heutigen LSE-Kindern der allgemeinen Schulen: 31%

Bergedorf	LSE- Schüler an Förderschulen	620	592	481	395
	LSE-Schüler an allg. Schulen (inkl. IR-Klassen)*	116	142	313	553
	gesamt	736	734	794	948

Rechnerischer Anteil ehemaliger Sonderschüler an den heutigen LSE-Kindern der allgemeinen Schulen: 51%

\* Pro IR-Klasse wurden für die Jahre 2009-2011 je zwei Schülerinnen und Schüler rechnerisch angenommen. Im Schuljahr 2012/13 wurde entfallen diese, da sie in den LSE-Statistiken der Schulen bereits ausgewiesen wurden.



#### Rückfragen der Medien:

#### **Behörde für Schule und Berufsbildung**

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel. (040) 42863 – 2003

E-Mail: [peter.albrecht@bsb.hamburg.de](mailto:peter.albrecht@bsb.hamburg.de)

Internet: [www.hamburg.de/bsb](http://www.hamburg.de/bsb)

29. August 2013 /bis29

## Hamburg hilft syrischen Kriegsflüchtlingen

### Aufnahme durch in Hamburg lebende Verwandte ab sofort möglich

**Syrischen Flüchtlingen mit Verwandten in Hamburg, die zu einer Aufnahme bereit sind, soll aus humanitären Gründen der Aufenthalt in Hamburg ermöglicht werden. Dies sieht eine heute von der Innenbehörde erlassene Anordnung vor, nachdem das Bundesministerium des Innern gestern zu einer entsprechenden Initiative weiterer SPD-geführter Länder das erforderliche Einvernehmen erklärt hat.**

Nach der bereits beschlossenen Aufnahme von bundesweit 5.000 besonders schutzbedürftigen syrischen Flüchtlingen leistet Hamburg damit einen weiteren Beitrag, syrischen Kriegsflüchtlingen zu helfen und dem Wunsch hier lebender Verwandter zu entsprechen, ihre schutzsuchenden Familienangehörigen bei sich aufzunehmen. Nach den allgemein geltenden bundesgesetzlichen Regelungen zum Familiennachzug war dies bisher nur in sehr engen Grenzen möglich.

**Hamburgs Innensenator Michael Neumann:** „Ich freue mich, dass es nun gelungen ist, zumindest in Hamburg und weiteren SPD-geführten Ländern eine humanitäre Lösung für diese schutzbedürftigen Menschen zu finden.“

Von der Aufnahmeaktion profitieren können Ehegatten, Verwandte ersten und zweiten Grades sowie deren Ehegatten und minderjährige Kinder. Für sie muss durch die in Hamburg lebenden Verwandten eine Verpflichtungserklärung abgegeben werden, dass die Kosten für Unterbringung und Lebensunterhalt übernommen werden.

#### Rückfragen der Medien:

**Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2673

E-Mail: [pressestelle@bis.hamburg.de](mailto:pressestelle@bis.hamburg.de) Internet: [www.hamburg.de/innenbehoerde](http://www.hamburg.de/innenbehoerde)



26. August 2013/bsu26

## Senat plant weitere Erleichterungen für den Wohnungsbau

### Bauherren dürfen selbst über die Anzahl ihrer Autostellplätze entscheiden

Der Senat plant die Abschaffung der generellen Stellplatzpflicht bei Wohnungsbauvorhaben in Hamburg. Die Stellplatzpflichtverordnung zwingt derzeit jeden Bauherren, 0,6 - 0,8 Autostellplätze pro Wohneinheit zu bauen. Diese starre Vorschrift berücksichtigt nach Auffassung des Senats nicht mehr den individuellen Bedarf an Stellplätzen und wird dem geänderten Mobilitätsverhalten der Hamburger nicht mehr gerecht. Dadurch wurde die Regelung mehr und mehr zum Investitionshindernis für den Wohnungsbau. Künftig soll die Schaffung von Stellplätzen bei Wohnungsbauvorhaben deshalb in die Verantwortung der Bauherren übertragen werden.

**Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Jutta Blankau:** „Durch die Aufhebung der Stellplatzpflicht für den Wohnungsbau hat der Bauherr die Möglichkeit, nur so viele Stellplätze zu bauen, wie auch tatsächlich benötigt werden. Das spart Kosten. Insbesondere im geförderten und beim genossenschaftlichen Wohnungsbau führt die Stellplatzverpflichtung zurzeit häufig dazu, dass mehr Parkplätze gebaut werden müssen als von den tatsächlichen Bewohnern benötigt werden. Manche Bauvorhaben werden deshalb überhaupt nicht realisiert. Wir erwarten durch die Aufhebung der Stellplatzpflicht eine Vereinfachung und Beschleunigung des Wohnungsbaus in Hamburg.“

Die Aufhebung der Stellplatzpflicht wird nicht dazu führen, dass keine Stellplätze mehr errichtet werden. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass Bauherren auch ohne rechtliche Verpflichtung nachfrage- und bedarfsgerecht Stellplätze bauen werden. Diese Bewertung ist aus Erfahrungen mit der Aufhebung der Stellplatzpflicht in Berlin vor 15 Jahren belegt.

Die Wohn- und Lebensbedürfnisse haben sich verändert. Immer mehr Hamburgerinnen und Hamburger steigen auf Bus und Bahn um, nutzen Carsharing-Modelle oder werden zu Radfahrern. Diesen Trend will der Senat fördern. Das heißt auch, dass die Pflicht zur Herstellung von Fahrradplätzen bei Wohnungsbauvorhaben weiterhin aufrechterhalten wird.

Die Abschaffung der Stellplatzpflicht bedarf einer Änderung der Hamburgischen Bauordnung. Diese Änderung muss die Bürgerschaft beschließen.

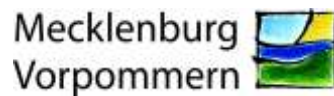
**Rückfragen der Medien:** Kerstin Graupner; Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt; Tel. 040/ 42840-205; [pressestelle@bsu.hamburg.de](mailto:pressestelle@bsu.hamburg.de)



Niedersachsen



Schleswig Holstein



Hamburg

26.08.2013/bwvi26a

## **Gemeinsames Vorgehen für ein Norddeutsches Luftverkehrskonzept, die Ernährungswirtschaft und die Offshore-Windenergie**

**Konferenz der Wirtschafts- und Verkehrsminister/ -senatoren der norddeutschen Küstenländer  
am 26. August 2013 in Cuxhaven**

Am Montag hat in Cuxhaven die Konferenz der Wirtschafts- und Verkehrsminister und -senatoren der norddeutschen Küstenländer stattgefunden. Die Minister und Senatoren beschlossen unter der Leitung des diesjährigen Vorsitzenden Olaf Lies, dem niedersächsischen Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, ein gemeinsames Vorgehen unter anderem bei folgenden Themen:

### **Offshore-Windenergie**

Die Konferenz der Wirtschafts- und Verkehrsminister und -senatoren der norddeutschen Küstenländer fordert Planungssicherheit für die junge Offshore-Industrie. Fehlende verbindliche Rahmenbedingungen haben zu einem anhaltenden Investitionsstopp geführt, durch den allein in Niedersachsen und Bremen derzeit 5.000 Arbeitsplätze akut gefährdet sind und Investoren abgeschreckt würden, stellten die Länderminister und -senatoren am Mittag in Cuxhaven fest. Bereits am Vormittag hatten Beschäftigte aus der Offshore-Industrie am Rande einer Branchenkonferenz auf ihre Situation aufmerksam gemacht. Die Vertreter der Länder waren sich einig, dass sich potenzielle Investoren bei anhaltender Investitionsunsicherheit von der Offshore-Windenergie abwenden werden.

135/13 – Stefan Wittke

Nr.		
Pressestelle Friedrichswall 1, 30159 Hannover	Tel.: (0511) 120-5427 Fax: (0511) 120-5772	www.mw.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@mw.niedersachsen.de

Dadurch werde letztlich der Erfolg der Energiewende insgesamt in Frage gestellt.

### **Norddeutsches Luftverkehrskonzept**

Mit Blick auf die große Bedeutung des Luftverkehrs haben sich die Vertreter der norddeutschen Küstenländer auf ein gemeinsames Konzept zur Absicherung der Luftverkehrsentwicklung in Norddeutschland geeinigt. Im föderalen Flughafensystem, das durch die zwei Drehkreuzstandorte Frankfurt und München besonders geprägt ist, soll jetzt der Stellenwert des norddeutschen Luftverkehrs durch eine starke Zusammenarbeit der norddeutschen Partner weiter entwickelt und verstärkt werden.

Die Senatoren und Minister betonten, dass der Ausschöpfung vorhandener Kapazitäten an den Flughäfen Vorrang vor Flughafenneubau- und Konversionsprojekten einzuräumen sei. Die norddeutschen Flughäfen verfügen gemäß eines von den Küstenländern in Auftrag gegebenen Gutachtens mindestens bis zum Jahr 2030 über eine ausreichende Kapazität, die durch eine optimierte Flughafeninfrastruktur sowie Prozessabläufe weiter erhöht werden kann. Zusätzlich können die verschiedenen Standorte langfristig als gegenseitige Kapazitätsreserve in Betracht kommen, wenn sich für solche Optionen ein entsprechender Markt bietet.

Wesentliche Punkte der Vereinbarung sind ferner:

- Das Projekt „Groß- und Ersatzflughafen Kaltenkirchen“ soll nicht weiter verfolgt werden. Kapazitätsengpässe für den Flughafen Hamburg sind derzeit nicht zu erwarten. Falls sich in Zukunft Engpässe insbesondere zu Spitzenzeiten abzeichnen sollten, werden Kooperationen mit anderen norddeutschen Flughäfen angestrebt.
- Die Minister und Senatoren setzen sich für den Einklang wirtschaftlicher Belange mit den Belangen des Umweltschutzes und des Lärmschutzes ein. Sie halten an den bestehenden Betriebszeiten der Verkehrsflughäfen, insbesondere Hamburg und Bremen, uneingeschränkt fest und setzen sich dafür ein, für den Flughafen Hannover-Langenhagen eine 24-stündige Betriebszeit ohne weitere Nachtflugbeschränkungen beizubehalten.
- Die Minister und Senatoren fordern die Bundesregierung auf, die Luftverkehrssteuer in der jetzigen Form abzuschaffen. Sie wird aufgrund der extrem unterschiedlichen Besteuerung in den europäischen Ländern als wettbewerbsverzerrend angesehen. So verliert allein Hamburg jährlich 200.000 Passagiere an den dänischen Flughafen Billund. Die Minister und Senatoren fordern eine harmonisierte Besteuerung des Luftverkehrs in der europäischen Union.
- Die Minister und Senatoren stellen fest, dass die Länder auch bei größten Anstrengungen die aktuellen Vorgaben der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA) nicht erfüllen können. Selbst für den Fall der Verfügbarkeit ausreichender Mittel steht nicht genügend Personal auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Daher ist der Bund aufgefordert, in Abstimmung mit den Ländern ein

Nr. 135/13 – Stefan Wittke		
Pressestelle Planckstraße 2, 30169 Hannover	Tel.: (0511) 120-6946 Fax: (0511) 120-6833	www.stk.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@stk.niedersachsen.de

Konzept für eine einheitliche Luftverkehrsverwaltung vorzulegen und gegenüber der EASA zu vertreten.

- Die norddeutschen Länder wollen eine „Länderarbeitsgruppe Luftverkehr“ auf Dauer einrichten, die regelmäßig mögliche Kooperationen auf dem Gebiet der Luftfahrt und Luftsicherheit prüft und bewertet.

### **Ernährungswirtschaft**

Die Wirtschafts- und Verkehrsminister und -senatoren der norddeutschen Länder haben die herausragende Bedeutung der Ernährungswirtschaft für die Wirtschaftsstruktur und -entwicklung der norddeutschen Länder unterstrichen. Vielfach werde diese Branche unterschätzt, sie stehe aber regelmäßig vor neuen großen Herausforderungen.

Die zum Teil untragbaren Arbeitsbedingungen und Löhne in Teilbereichen der Branche waren in den letzten Monaten verstärkt Gegenstand medialer Berichterstattung und bedrohen den Ruf der gesamten Branche. Gleichzeitig, so die Vertreter der norddeutschen Küstenländer, ist der Fachkräftemangel in der Ernährungswirtschaft bereits deutlich spürbar. Er beeinflusst Investitionsentscheidungen und erweist sich als wichtiges Innovationshemmnis.

- Mit Sozialpartnern, Brancheninitiativen und Netzwerken sollen daher regelmäßig Branchenkonzferenzen unter Federführung Niedersachsens durchgeführt werden, um branchenspezifische Fragestellungen zu erörtern und gemeinsam Lösungsansätze zu entwickeln.
- Die Perspektive der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Expertise der Gewerkschaften können den Netzwerken wichtige Impulse geben, nicht nur bei Themen wie „Fachkräfteentwicklung“, „betriebliches Vorschlagswesen“ oder „Qualifizierung“. Mit ihrer Initiative wollen die norddeutschen Länder gemeinsam mit den Sozialpartnern und Netzwerken die Weichen stellen für ein innovationsorientiertes, ökologisch und sozial nachhaltiges Wachstum der Branche, für gute Arbeit, Nachhaltigkeit und Verbraucherakzeptanz.

Nr. 135/13 – Stefan Wittke		
Pressestelle Planckstraße 2, 30169 Hannover	Tel.: (0511) 120-6946 Fax: (0511) 120-6833	www.stk.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@stk.niedersachsen.de



## Medien-Information

---

28. August 2013/bwvi28

---

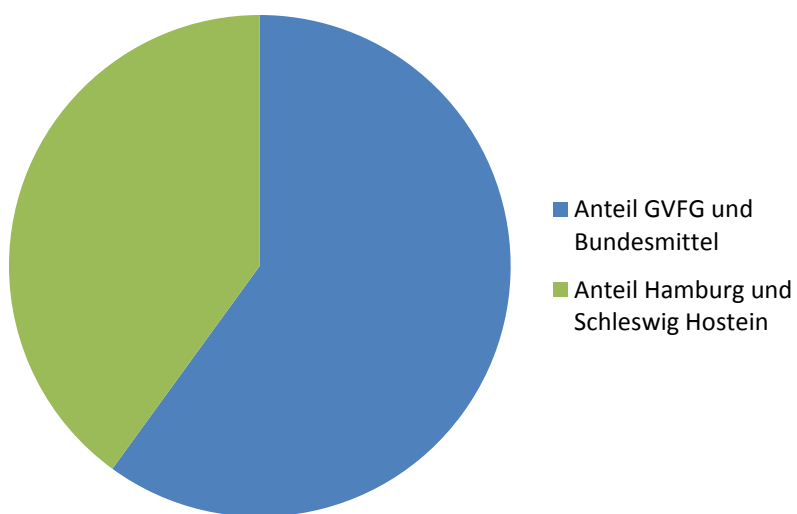
### **Erste Kostenschätzung für S4 liegt vor – Vorentwurfsplanung bald abgeschlossen**

AHRENSBURG. Die Vorentwurfsplanung zur neuen S-Bahnlinie S4 mit der Entflechtung der Güter- und Personenverkehre ist inzwischen weitgehend abgeschlossen. Erstmals liegt eine Kostenschätzung vor. Nach dem heutigen Arbeitsstand der Vorentwurfsplanung schätzen die von Hamburg und Schleswig-Holstein beauftragten Planer die Gesamtkosten auf rund 630 Millionen Euro für das länderverbindende Infrastrukturprojekt. Diese voraussichtlichen Kosten sind nicht nur direkt durch die S-Bahn induziert, sondern auch dem Fern- und Güterverkehr ist ein relevanter Teil der Kosten zuzurechnen. Die gesamte Vorentwurfsplanung wird zurzeit noch durch Hamburg und Schleswig-Holstein geprüft und voraussichtlich im Oktober vorgestellt.

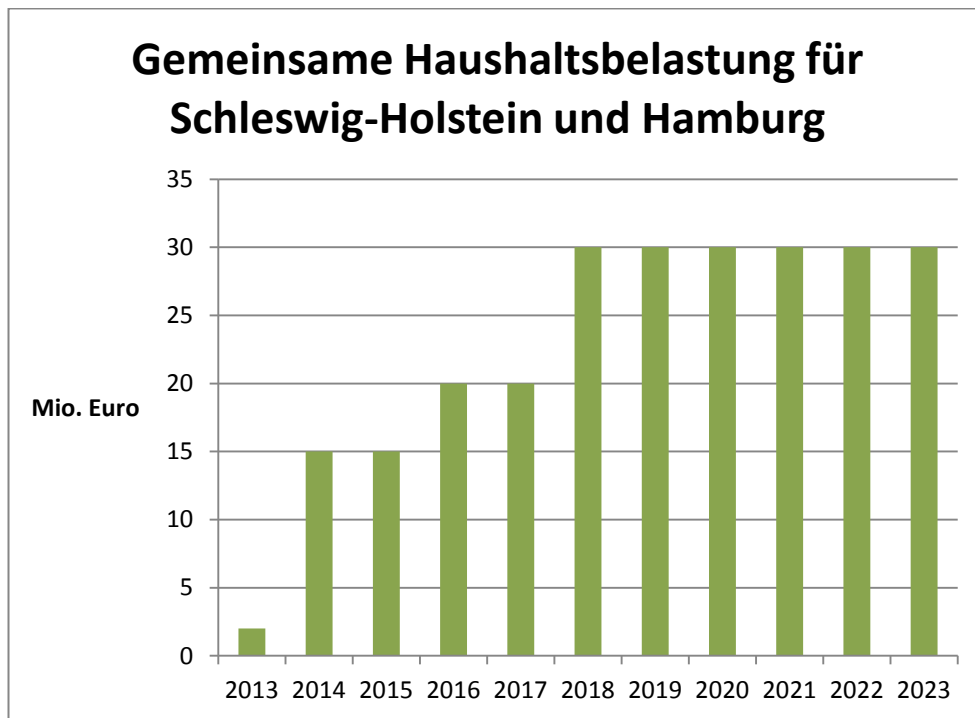
Frank Horch, Senator der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation der Freien und Hansestadt Hamburg: „Es ist wichtig, dass wir jetzt die nächsten Planungsschritte angehen. Erst auf der Grundlage der Genehmigungsplanung, die 2016 abgeschlossen sein soll, werden wir eine Entscheidung über die Realisierung des Projekts treffen können. Damit berücksichtigen wir auch das Hamburger Konzept ‚Kostenstabiles Bauen‘. Gemeinsam mit Schleswig-Holstein werden wir das Projekt konsequent voranbringen.“

Der schleswig-holsteinische Verkehrsminister Reinhard Meyer ergänzte: „Jetzt wissen wir, in welche Richtung es geht. Im nächsten Schritt gehen die Planungen noch weiter ins Detail, damit sind auch genauere Kostenberechnungen möglich. Und: mögliche Risiken für den Bau können genauer monetär bewertet und ihre Eintrittswahrscheinlichkeit besser bestimmt werden.“ Über die Finanzierung des Vorhabens werden sich die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein mit dem Bund verständigen, sobald die Ergebnisse der Nutzen-Kosten-Analyse vorliegen, die nach Abschluss der Vorentwurfsplanung folgt. Ein Modell zur Aufteilung der Kosten könnte so aussehen, dass der Bund 60% trägt, Hamburg und Schleswig-Holstein zusammen 40%.

**Finanzierung S4-Ost  
einschließlich Entflechtung der  
Schienenverkehre  
Gesamtkosten 630 Mio. Euro**



Der von Schleswig-Holstein und Hamburg zu schulternde Anteil würde sich auf 10 Jahre verteilen und wäre so für beide Länder finanzierbar.



(schematische Darstellung)

Beide Länder gehen davon aus, dass die weitere Präzisierung der Maßnahmen in den nächsten Planungsphasen eine Kostenvarianz mit sich bringen kann. Die zu erwartenden Kosten können sich unter anderem deshalb noch verändern, weil Detailuntersuchungen zum Umwelt- oder Lärmschutz erst in den weiteren Planungsphasen erfolgen. Auch der Baugrund wird noch umfassender untersucht. Im Rahmen der weiteren Planungsschritte reduziert sich die Kostenvarianz, mit der Folge einer größeren Kostensicherheit.

Der Minister und der Senator waren sich einig, dass beide Länder gemeinsam für die höchst mögliche Transparenz bei diesem bedeutenden Verkehrsprojekt sorgen wollen. Horch: „Wir haben bisher sehr offen kommuniziert und auch Planungsdetails öffentlich vorgestellt und diskutiert. Eine solche offene Kommunikation möchten wir auch zukünftig verfolgen.“ Meyer: „Die fertige Vorentwurfsplanung wollen wir deshalb im Oktober auch online veröffentlichen. Unter [www.nah.sh/s4](http://www.nah.sh/s4) finden Interessierte alle Informationen zum Projekt und haben die Möglichkeit, konkrete Fragen zu stellen.“

Die gute Zusammenarbeit der beiden Länder soll am 10. September in einer gemeinsamen Kabinettsitzung bekräftigt werden. Eine endgültige Entscheidung zur S4 fällt nach der Nutzen-Kosten-Analyse sowie der weiteren Präzisierung von Kosten und tiefergehenden Planungen notwendigen Arbeiten.

Hintergrund:

Die S4 soll den Nahverkehr zwischen Hamburg und dem Kreis Stormarn verbessern: durch einen dichten Fahrplankontakt, einen zuverlässigen Betrieb mit hoher Pünktlichkeit und eine direkte Verbindung von Bad Oldesloe bis in die Hamburger Innenstadt. Hamburg und Ahrensburg sollen künftig in der Hauptverkehrszeit im 10-Minuten-Takt verbunden werden. Sie soll darüber hinaus den Hamburger Hauptbahnhof entlasten und zusätzliche Kapazitäten für den Fern- und Güterverkehr zwischen Hamburg und Lübeck schaffen. Die Vorstudien zur S4 haben den Nutzen dieses S-Bahn-Ausbaus aufgezeigt; dieser wurde auch durch Beschlüsse der Hamburgischen Bürgerschaft und des Schleswig-Holsteinischen Landtages zur Realisierung der S4 bestätigt.

Bis Hamburg-Hasselbrook soll die S4 die vorhandenen S-Bahn-Gleise nutzen; zwischen Hasselbrook und Bargteheide ist der Bau einer eigenen S-Bahn-Infrastruktur mit zwei bzw. einem separaten Gleis geplant. Auf dem letzten Abschnitt bis Bad Oldesloe sollen wieder bestehende (Fernbahn-) Gleise befahren werden. Um das Angebot für die Fahrgäste so komfortabel wie möglich zu machen, ist auch der Neubau von vier bis sechs S-Bahn-Stationen geplant.



29. August 2013/bwvi29

## Stiftung Schifffahrtsstandort Deutschland

### Senator Frank Horch übernimmt für ein Jahr die Patenschaft

Traditionell übernehmen Hamburger Senatorinnen und Senatoren jeweils eine einjährige Patenschaft für neugegründete Stiftungen. Die Stiftung Schifffahrtsstandort Deutschland fördert die Berufsausbildung auf Schiffen, die in Deutschland registriert sind und unter deutscher oder einer anderen EU-Flagge fahren. Dadurch soll das maritime Know-how am Standort erhalten werden. Sie wurde im Dezember 2012 vom Verband Deutscher Reeder gegründet.

Senator Frank Horch hat die Patenschaftsurkunde im Hamburger Rathaus an Hermann Ebel, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Stiftung, sowie die Geschäftsführer der Verwaltungsgesellschaft der Stiftung, Tilo Wallrabenstein und Dr. Martin Kröger, übergeben.

Der Senator zeigte sich vom Stiftungszweck begeistert: „Gut ausgebildete Fachkräfte sind für die Zukunftssicherung jeder Branche von ungemeiner Bedeutung. Mit der Stiftung übernehmen die Reeder Verantwortung dafür, dass das Know-How ihrer Branche am Standort Deutschland erhalten bleibt und sich zukunftsfähig entwickeln kann. Hamburg ist gern Heimathafen dieser neuen Stiftung!“

Das Stiften hat in Hamburg eine lange und vorbildlich gelebte Tradition. Hamburg ist Deutschlands Stiftungshauptstadt. Die älteste Stiftung, das Hospital zum Heiligen Geist, wurde im Jahr 1227 errichtet.

Nähere Informationen zur Stiftung unter <http://www.stiftung-schifffahrtsstandort.de/>

Ein Foto steht zum Download bereit auf der Internetseite [www.hamburg.de/bwvi/medien](http://www.hamburg.de/bwvi/medien)

**Rückfragen:** Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Susanne Meinecke, Telefon: 040 42841 2239, Mail: [susanne.meinecke@bwvi.hamburg.de](mailto:susanne.meinecke@bwvi.hamburg.de)

## HPA legt ersten Nachhaltigkeitsbericht vor

### HPA informiert über Nachhaltigkeitsaktivitäten / Ziel: energetische Neuausrichtung des Hafens

**Hamburg, 30. August 2013/hpa30** – Die Hamburg Port Authority (HPA) hat ihren ersten Nachhaltigkeitsbericht vorgelegt. Unter dem Titel „Das Tor zur Welt wird grüner“ informiert die HPA über zahlreiche ökonomische, ökologische und soziale Projekte, die im Berichtszeitraum 2011/2012 realisiert wurden, und gibt zugleich Ausblicke auf die weitere Entwicklung. Die Zertifizierung nach den Standards der Global Reporting Initiative (GRI) wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche begleitet. Insgesamt erzielte die HPA das Reportlevel C+ der GRI.

„Nachhaltigkeit und die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen werden zunehmend ein wichtiges Wettbewerbskriterium eines Hafens. Dass unser Hafen, das sprichwörtliche Tor zur Welt, grüner werden und weiter prosperieren soll, ist die Herausforderung, vor der wir stehen und der wir uns gern stellen“, sagt Jens Meier, Vorsitzender Geschäftsführung der HPA.

Die Berichterstattung ist Teil eines breiter angelegten Prozesses, um die nachhaltige Strategie der HPA festzulegen, Aktionspläne umzusetzen und Ergebnisse zu bewerten. Die HPA plant, künftig alle zwei Jahre einen Nachhaltigkeitsbericht zu erstellen, um den Entwicklungsprozess und die Ergebnisse transparent zu dokumentieren.

„Mit unserem Nachhaltigkeitsbericht haben wir einen ersten Schritt getan, um unser Engagement zu dokumentieren. Gleichzeitig ist er Ansporn, noch besser zu werden und unsere Nachhaltigkeitsstrategie sukzessive weiterzuentwickeln“, sagt Lutz Birke, Leiter Hafenstrategie bei der HPA.

Eines der zentralen Themen des Berichtes ist die Reduzierung von Emissionen. Hier geht die HPA mit gutem Beispiel voraus: Die eigene Schiffsflotte fährt mit schwefelfreiem Treibstoff und die eigenen Anlegeplätze sowie auch die öffentlichen Liegeplätze für Binnenschiffe und Fähren sind mit Landstromanschlüssen ausgerüstet.

Zudem berichtet die HPA in ihrem Nachhaltigkeitsbericht über neue IT-Systeme. Die HPA hat im Berichtszeitraum gezielt in die Verkehrsinfrastruktur investiert, um den Ausbau der umweltfreundlichen Bahn- und Wassertransporte sowie Emissionsreduzierungen in vielen Bereichen zu fördern. So hat die HPA u.a. einen Rabatt für umweltfreundliche Schiffe eingeführt, die hohe Umweltstandards erfüllen. Auf den Hafenstraßen sorgt ein elektronisches Verkehrsleitsystem für geringere Emissionen, denn ein verbesserter Verkehrsfluss wirkt sich reduzierend auf die Abgase aus.

Gemeinsam mit der Behörde für Wirtschaft und Innovation (BWVI) sowie der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) hat die HPA zudem im Jahr 2012 das Projekt smartPORT

Energy initiiert. Ziel ist die energetische Neuausrichtung des Hamburger Hafens über die Grenzen der HPA hinaus. Zudem soll der Hamburger Hafen sich zu einem Schaufenster für erneuerbare Energien zu entwickeln.

Die Hamburg Port Authority betreibt seit 2005 ein zukunftsorientiertes Hafenmanagement aus einer Hand. Als Anstalt öffentlichen Rechts ist die HPA verantwortlich für die effiziente, Ressourcen schonende und nachhaltige Vorbereitung und Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen im Hafen. Die HPA ist Ansprechpartner für alle Fragen der wasser- und landseitigen Infrastruktur, der Sicherheit des Schiffsverkehrs, der Hafenbahnanlagen, des Immobilienmanagements und der wirtschaftlichen Bedingungen im Hafen. Dazu stellt die HPA die erforderlichen Flächen bereit und übernimmt alle hoheitlichen Aufgaben und hafengewirtschaftlichen Dienstleistungen. Sie vermarktet spezielles, hafen-spezifisches Fachwissen und nimmt die hamburgischen Hafeninteressen auf nationaler und internationaler Ebene wahr.

[www.hamburg-port-authority.de](http://www.hamburg-port-authority.de)

Pressekontakt: HPA Hamburg Port Authority | Pressestelle | Tel.: +49 40 42847-2300 | [pressestelle@hpa.hamburg.de](mailto:pressestelle@hpa.hamburg.de)

27.08.2013/kb27

## Elbkulturfonds für 2014 ausgeschrieben

### Senat stellt zum zweiten Mal 500.000 Euro aus der Kultur- und Tourismustaxe für Projekte der Freien Szene zur Verfügung

Im Jahr 2014 werden mit dem Elbkulturfonds zum zweiten Mal Mittel aus der Kultur- und Tourismustaxe für innovative Projekte von Künstlerinnen und Künstlern der Freien Szene bereitgestellt. Mit 500.000 Euro werden Kunstprojekte unterstützt, die sich durch hohe inhaltliche und künstlerische Qualität auszeichnen und überregionale Strahlkraft entfalten können. Die Projekte sollen möglichst spartenübergreifend konzipiert sein und können aus Bereichen wie bildende Kunst, Tanz, freies Theater, aktuelle Musik und Literatur oder multimediale Installation stammen.

**Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler:** „Der Elbkulturfonds hat sich als wichtiges Förderinstrument der Kulturbehörde für Projekte der Freien Kunst- und Kulturszene bewährt. Mit dem Elbkulturfonds können wir insbesondere spartenübergreifende Projekte fördern und solche Formate, die den Ruf einer Stadt als Kulturmetropole ausmachen.“

Die Jury hatte 2013 sieben Projekte aus 55 Anträgen zur Förderung empfohlen und sich dabei für die Zukunft für mehr politisch-kritische Kunstprojekte, mehr Projekte aus den Bereichen aktuelle Musik und Literatur und eine stärkere Präsenz des künstlerischen Nachwuchses ausgesprochen.

Detaillierte Informationen zu den Förderkriterien des Elbkulturfonds sowie Antragsvorlagen finden Sie unter <http://www.hamburg.de/kulturbehoerde/elbkulturfonds/>. Antragsschluss ist Donnerstag, 31. Oktober 2013, Eingang bis 18 Uhr. Rückfragen zum Elbkulturfonds richten Sie bitte an [elbkultur@kb.hamburg.de](mailto:elbkultur@kb.hamburg.de).

Die Mittel stammen aus der 2013 eingeführten Kultur- und Tourismustaxe. Die unabhängige Auswahljury aus externen Fachleuten wird im vierten Quartal 2013 über die Vergabe der Fördergelder aus dem Elbkulturfonds für 2014 entscheiden.

#### Rückfragen der Medien:

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

Tel.: 040 / 428 24 – 207

E-Mail: [enno.isermann@kb.hamburg.de](mailto:enno.isermann@kb.hamburg.de)

28.08.2013/kb28



## Hamburger Kinopreise 2013 vergeben

### Elf Programm- und Stadtteilkinos ausgezeichnet

Im Rahmen einer feierlichen Preisverleihung hat Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler am Dienstagabend in den Zeise Kinos elf Programm- und Stadtteilkinos mit den Hamburger Kinopreisen 2013 in Höhe von insgesamt 80.000 Euro für das beste Vorjahresprogramm ausgezeichnet.

**Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler:** „Mit dem Hamburger Kinopreis wollen wir Kinokultur lebendig halten und in Hamburg sichern. Die Qualität des Programms der Hamburger Programm- und Stadtteilkinos zeigt, dass wir in der Stadt sehr engagierte Kinobetreiber haben, die sich erfolgreich für die Kinokultur einsetzen. Hierfür wollen wir mit dem Kinopreis danken und die Kinobetreiber bei ihrer Arbeit unterstützen.“

**Eva Hubert,** Geschäftsführerin der Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein: „Das Kino als sozialer Raum und kultureller Ort hat nicht an Faszination verloren. Dazu trägt auch ein ansprechendes und anspruchsvolles Programm bei. Wir danken den ausgezeichneten Kinobetreibern und Programmachern für ihre hervorragende Arbeit.“

Den diesjährigen Hauptpreis, dotiert mit jeweils 12.000 Euro, erhalten das **Abaton** und das **3001 Kino**. Weiterhin zeichnete die Fachjury bestehend aus Birgit Glombitza, Künstlerische Leiterin des Internationalen KurzFilmFestivals Hamburg, Stefan Paul, Verleiher und Kinobetreiber in Tübingen und Dr. Monika Treut, Regisseurin aus Hamburg, folgende Programm- und Stadtteilkinos für ihr Vorjahresprogramm 2012 aus:

Die **Zeise Kinos** in Altona mit 10.000 Euro, das **Studio Kino** auf St. Pauli und das **Magazin Filmkunsttheater** in Winterhude mit je 9.000, das **Koralle Kino** in Volksdorf mit 8.000 Euro, das **Alabama Kino** in Winterhude und das **B-Movie** auf St. Pauli mit je 5.000 Euro, das **Lichtmess Kino** in Ottensen mit 4.000 Euro und die **Blankeneser Kinos** und das **Elbe Filmtheater** in Osdorf mit je 3.000 Euro.

Die Hamburger Kinopreise werden jährlich von der Kulturbehörde gemeinsam mit der Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein GmbH vergeben.

**Rückfragen der Medien:**

Enno Isermann  
Pressestelle der Kulturbehörde  
Tel.: 040 / 428 24 – 207  
E-Mail: [enno.isermann@kb.hamburg.de](mailto:enno.isermann@kb.hamburg.de)

Helen Peetzen  
Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein GmbH  
Tel.: (040) 398 37 - 16  
E-Mail: [peetzen@ffhsh.de](mailto:peetzen@ffhsh.de)

28.August 2013/ kb28a



## Feierliche Preisverleihung MUSIC WORKS 2013

### Innovative Geschäftsmodelle aus dem Musikbereich ausgezeichnet

**Neue Geschäftsmodelle für den Musikmarkt hat Kulturstaatsrat Dr. Nikolas Hill am Mittwohabend im Rahmen einer Veranstaltung mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Musikszene ausgezeichnet. Eine Jury hatte aus elf eingereichten Wettbewerbsbeiträgen die beiden Preisträger des Wettbewerbs MUSIC WORKS 2013 ausgewählt.**

**Kulturstaatsrat Dr. Nikolas Hill:** „Der Wettbewerb MUSIC WORKS zeigt, dass Hamburger Kreative mit guten Ideen und hohem Engagement die großen Veränderungen in der Musikwirtschaft meistern. Die Musikunternehmer spüren mit innovativen Produkten und Dienstleistungen immer neue Geschäftsfelder auf und stärken Hamburg als wichtigen Standort der Musikbranche.“

**Egbert Rühl,** Geschäftsführer der Hamburg Kreativ Gesellschaft: „Die Musikwirtschaft stellt sich schon seit mehr als 15 Jahren den Folgen von Digitalisierung und Medienwandel. Deshalb unterstützen wir mit dem Wettbewerb MUSIC WORKS innovative Geschäftsmodelle für die Branche, damit Musiker auch zukünftig von ihrer Kreativität leben können.“

MUSIC WORKS ist von der Kulturbehörde gemeinsam mit der Hamburg Kreativ Gesellschaft 2011 ins Leben gerufen worden, um innovative Geschäftsmodelle im Musikbereich zu unterstützen. In diesem Jahr teilen sich zwei Projekte das Preisgeld von 40.000 Euro.

Einer der Sieger ist das Projekt „**ADDACT**“ von Hilko Aikens und Dirk Veit. Über „ADDACT“ schließen sich Fans zusammen und investieren gemeinsam in Konzerte ihrer Lieblingsbands in ihrer Stadt. Durch dieses System können Veranstalter, Konzertagenturen und Künstler ihr Angebot vollkommen nachfrageorientiert auf dem Markt platzieren. Erst wenn eine Mindestsumme an Tickets verkauft ist oder eine Kaufzusage der Fans vorliegt, findet das Konzert statt. Dies ermöglicht eine bessere Planungssicherheit von Konzerten und Tourneen.

Der andere Sieger ist das Projekt „**MATE**“, eingereicht von Janine Hélène Lubas. MATE ist eine Steuerungssoftware, die insbesondere Independent Labels bei der Aufbereitung sämtlicher administrativer Aufgaben, wie Abrechnungen und Buchhaltung hilft. Die Datenaufbereitung bietet den Labels in einem weiteren Schritt die Grundlage für konkrete Beratungen und eine bessere Vermarktung.

Alle Wettbewerbsteilnehmer – auch die nicht prämierten – können darüber hinaus über Beratungs- und Vernetzungsangebote von Kulturbehörde und Hamburg Kreativ Gesellschaft von MUSIC

WORKS profitieren. Hierfür stellt die Kulturbehörde weitere Fördergelder von insgesamt bis zu 10.000 Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen: [www.hamburg.de/musicworks](http://www.hamburg.de/musicworks). Fotos der Veranstaltung stehen ab dem 29.08.2013 auf der Website der Hamburg Kreativ Gesellschaft zum Download zur Verfügung: [www.kreativgesellschaft.org](http://www.kreativgesellschaft.org).

**Rückfragen der Medien:**

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

Tel.: 040 / 428 24 – 207

E-Mail: [enno.isermann@kb.hamburg.de](mailto:enno.isermann@kb.hamburg.de)



## IBA-Plakette für Projekt der KerVita-Gruppe in Wilhelmsburg

### Seniorenzentrum Am Inselpark eröffnet

In unmittelbarer Nachbarschaft zur internationalen Gartenschau igs eröffnete die KerVita-Gruppe heute mit ihrem Seniorenzentrum „Am Inselpark“ eines der größten Projekte der Internationalen Bauausstellung IBA Hamburg. Dazu enthüllten IBA-Geschäftsführer Uli Hellweg und Torsten Rieckmann, Geschäftsführer der KerVita Immobiliengesellschaft mbH, gemeinsam die IBA-Plakette, als Anerkennung für das umweltfreundliche Seniorenzentrum mit seiner besonders vielfältigen Nutzerstruktur.

**Hamburg, 29. August 2013.** Auf 9.200 Quadratmetern bietet das viergeschossige Gebäude nicht nur 141 Pflegeheimplätze sondern auch ein ambulanter Pflegedienst, eine Pflegeschule mit Aus- und Weiterbildungsplätzen, eine Mutter-Kind-Wohngruppe mit sieben Appartements sowie eine Kindertagesstätte für 60 Kinder aus dem gesamten Stadtteil. Diese Nutzervielfalt bietet die Möglichkeit für die Begegnung der Generationen. Im Seniorenzentrum entstehen rund 90 Arbeitsplätze.

Das Gebäude ist zudem besonders umweltfreundlich und energieeffizient. Es ist hervorragend gedämmt, hat eine eigene Solaranlage auf dem Dach, betreibt die Lüftung mit Wärmerückgewinnung und ist Teil des neuen Energieverbunds Wilhelmsburg Mitte mit seiner Nahwärmeversorgung. Damit unterschreitet das Haus – einzigartig für ein Seniorenzentrum – die ohnehin strenge Energieeinsparverordnung (EnEV 2009) um 30 Prozent. Zu den Besonderheiten zählt auch ein Dachgarten, in dem nicht zuletzt die schutzbedürftigen Hausbewohner mit Demenz einen sicheren Ort im Freien vorfinden.

**IBA-Geschäftsführer Uli Hellweg** sagte anlässlich der Eröffnung: „Das Seniorenzentrum ist ein wichtiger Baustein für die soziale Infrastruktur und bereichert mit seiner Nutzungsmischung den Stadtteil. Durch die exponierte Lage nahe der Bahnstrecke und der künftigen Trasse der Wilhelmsburger Reichsstraße hatten die Architekten eine besondere Herausforderung. Mit gebäudehohen Wintergärten hat das Büro feddersenarchitekten aus Berlin dafür nicht nur eine effektive Schallschutzlösung sondern einen ästhetischen Mehrwert geschaffen. Hier ist ein architektonisch, energetisch und sozial vorbildliches Gebäude entstanden.“

**Torsten Rieckmann, Geschäftsführer der KerVita Immobiliengesellschaft mbH:** „Ein Seniorenzentrum mit so einem vielfältigen Angebot unter einem Dach, dieser Lage an einem der größten Parks Hamburgs und der S-Bahn vor der Haustür ist außergewöhnlich. Alte

Menschen aus Wilhelmsburg finden hier ein sicheres und grünes Zuhause – und junge Menschen eine berufliche Perspektive. Wir hatten über 400 Bewerbungen auf unsere Stellenausschreibungen, darunter sehr viele aus dem Stadtteil. Darüber freuen wir uns sehr.“

Die KerVita-Gruppe plant, baut und betreibt Pflegeheime in Norddeutschland. Zusätzlich zu den zwölf bestehenden Einrichtungen werden bis 2015 noch vier weitere eröffnet – das Haus in Wilhelmsburg

ist das zweite KerVita Senioren-Zentrum in Hamburg. Im unabhängigen „Pflege-TÜV“ des Beratungsunternehmens Avivre Consult Avendi bekommt KerVita bei Kundenbefragungen Höchstnoten und gehört damit zu den drei Pflegeheimbetreibern in Deutschland mit den zufriedensten Kunden.

Das Seniorenzentrum Am Inseelpark ist Teil eines größeren Gebäudeensembles, zu dem auch ein Ärztehaus, das Haus der InselAkademie, die Wohnhäuser Holz 5 ¼ und das WÄLDERHAUS gehören. Im Rahmen der Internationalen Bauausstellung und der internationalen Gartenschau IGA ist hier in Wilhelmsburg Mitte ein neues Quartier im Grünen mit Wohn- und Büroflächen, sozialer Infrastruktur, Freizeiteinrichtungen und einem neuen Park entstanden.

#### **Bildmaterial:**

Unsere Bilddatenbank finden Sie unter: <http://iba-hamburg.eyebase.com>

Mit folgendem PIN-Code können Sie auf das Bildmaterial zugreifen und es kostenlos und in hoher Auflösung herunterladen: [NYIbu3P8](#)

Den PIN-Code tragen Sie bitte in die vorgegebene Maske auf der rechten Bildschirm-Seite ein.

**Bitte geben Sie bei jeder Veröffentlichung der Bilder die korrekten und vollständigen Bildrechte an. Die Darstellungen dürfen nur zur Berichterstattung im Kontext mit der IBA Hamburg GmbH und unter Angabe der korrekten und vollständigen Bildrechte kostenfrei verwendet werden. Bei eventueller Urheberrechtsverletzung können Kostenforderungen folgen.**

Die Bildrechte erscheinen, wenn Sie den Cursor auf die jeweilige Datei bewegen.

#### **Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:**

IBA Hamburg GmbH, Rainer Müller, Leiter Stabsstelle Presse, [rainer.mueller@iba-hamburg.de](mailto:rainer.mueller@iba-hamburg.de),

Tel.: 040 / 226 227 335, oder an Anna Vietinghoff, Stabsstelle Presse, [anna.vietinghoff@iba-hamburg.de](mailto:anna.vietinghoff@iba-hamburg.de), Tel: 040 / 226 227 – 331 oder an [presse@iba-hamburg.de](mailto:presse@iba-hamburg.de)

KerVita-Gruppe, Angela Zimmer, Tel.: 040 / 696486-1049, [a.zimmer@kervita.de](mailto:a.zimmer@kervita.de), [www.kervita.de](http://www.kervita.de)



## PRESSEINFORMATION

### Eröffnung Stoffdeck Co-Working Wilhelmsburg

## Kunst macht Arbeit am Veringkanal

Am Veringkanal in Hamburg-Wilhelmsburg wurde heute die Textilwerkstatt „Stoffdeck“ eröffnet – ein Projekt der IBA Hamburg in Kooperation mit dem Beschäftigungsträger passage gGmbH. An der Schnittstelle von Kreativwirtschaft und Beschäftigungspolitik bietet das „Stoffdeck“ ein vielfältiges Angebot für professionelle Mode- und Textildesigner und Hobby-Schneider gleichermaßen und wendet sich mit Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen auch an Menschen ohne Beschäftigung.

**Hamburg, 29. August 2013/iba29a** – Auf 263 Quadratmetern gibt es im Stoffdeck Einzelateliers mit professionellen Nähmaschinenplätzen, Siebdruckwerkstatt und Schneiderei. Interessierte können dort stunden-, tage- oder monatsweise Arbeitsplätze mieten und professionelle Anleitung erfahren. Unter Gleichgesinnten können sich die Kreativen im Co-Working-Space inmitten des wachsenden kreativ-künstlerischen Milieus am Veringkanal inspirieren lassen. Hobby-Kreative können neben den Arbeitsplätzen auch vielfältige Kurse und Workshops nutzen, in denen unter anderem Designer aus dem Stadtteil handwerkliche Fähigkeiten vermitteln und in Seminaren zeigen, wie man sich selbständig macht. Als Besonderheit wendet sich das Stoffdeck auch an Menschen ohne Arbeit, die hier Beschäftigungsperspektiven in der Textilwirtschaft und Angebote zur Weiterqualifikation finden. Unter dem Motto „Kunst macht Arbeit“ startet hier im September beispielsweise ein „Upcycling“-Kurs einer Wilhelmsburger Designerin mit der von passage betriebenen „Kleiderkammer“. Zu den gemeinnützigen Projekten gehören auch Angebote für Schulen und Freizeiteinrichtungen.

Zur Eröffnung sagte **IBA-Geschäftsführer Uli Hellweg** am Donnerstagabend: „Für die lokale Kreativwirtschaft hat dieses Projekt eine große Strahlkraft. Ebenso wie das angrenzende IBA-Projekt Veringhöfe, in die im Oktober die *KünstlerCommunity* einzieht, wird das Stoffdeck zu einem Ort kreativer Ideen und kreativen Arbeitens. Hier zeigt sich, dass unser Ansatz, Kreative und Weiterbildungseinrichtungen zusammen zu bringen und so neue Bündnisse und Perspektiven zu eröffnen, aufgeht.“

Für **Passage gemeinnützige Gesellschaft für Arbeit und Integration** erklärte **Geschäftsführerin Gudrun Stefaniak**: „Mit dem Stoffdeck wollen wir kreative und

produzierende Textilinteressierte an einem Ort zusammenbringen. Für uns als Beschäftigungsträger liegt der Reiz darin, Menschen verschiedener Couleur Raum zu geben, sich auszuprobieren, zu kooperieren und zu präsentieren. Wir glauben, dass es in Wilhelmsburg viel kreatives und handwerkliches Potenzial gibt. Dieses zu bergen und arbeitsmarktfähig zu machen ist unsere Aufgabe in dem Gesamtkonzept.“

**Andy Grote, Leiter des Bezirksamts Mitte** bezeichnete den Veringkanal als „perfekten Standort“ für das Stoffdeck. „Das Projekt passt ideal in die gemischte kreativgewerbliche Struktur, die wir unter der Leitidee „Kulturkanal Wilhelmsburg“ dort fördern wollen. Das Stoffdeck ergänzt wunderbar Projekte

wie die Künstlerateliers Honigfabrik, *KünstlerCommunity Veringhöfe* oder den Kreativnutzern in den *Zinnwerken*.“

Die Hamburger Kulturbehörde fördert das Projekt finanziell. Der **Leiter der Abteilung Kunst Kreativwirtschaft, Musik und Kulturprojekte bei der Kulturbehörde, Dr. Pit Hosak**, sagte anlässlich der Eröffnung: „Auf dem Stoffdeck können künftig Kreative im Herzen Wilhelmsburgs gemeinsam arbeiten, Ideen entwickeln und realisieren. Mit Unterstützung der Kulturbehörde hat das Co-Working Projekt seinen Ankerplatz in Wilhelmsburg gefunden und bereichert die kulturelle Entwicklung entlang des Veringkanals um flexible Arbeitsplätze und einen kostengünstigen Produktionsort für die Hamburger Textil- und Designwirtschaft.“

*Stoffdeck – Co-Working Wilhelmsburg* entstand auf Initiative der IBA Hamburg in Kooperation mit Passage gGmbH. Die IBA-Projektreihe „Kunst macht Arbeit“ stellt ein Netzwerk her zwischen Kreativen und gemeinnützigen Einrichtungen oder Non-Profit-Organisationen. Dabei entstehen künstlerische oder kunsthandwerkliche Produkte. Zusätzlich erhalten die Teilnehmer Einblicke in neue Arbeitsbereiche. Das Stoffdeck befindet sich im 2. Stockwerk des Kanalgebäudes der Gewerbehöfe, Am Veringhof 13. Die „Veringhöfe“ liegen nebenan und haben die Adresse Am Veringhof 23.

Weitere Informationen unter:

[www.stoffdeck.de](http://www.stoffdeck.de)

**Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:**

IBA Hamburg GmbH, Rainer Müller, Leiter Stabsstelle Presse, [rainer.mueller@iba-hamburg.de](mailto:rainer.mueller@iba-hamburg.de),

Tel.: 040 / 226 227 335, oder an Anna Vietinghoff, Stabsstelle Presse, [anna.vietinghoff@iba-hamburg.de](mailto:anna.vietinghoff@iba-hamburg.de), Tel: 040 / 226 227 – 331 oder an [presse@iba-hamburg.de](mailto:presse@iba-hamburg.de)

**Folgen Sie der IBA Hamburg auch auf Twitter:** [twitter.com/iba\\_hamburg](https://twitter.com/iba_hamburg)

**Möchten Sie den IBA-Newsletter abonnieren?** [www.iba-hamburg.de/newsletter](http://www.iba-hamburg.de/newsletter)

## Terminkalender

Vom 2. September bis 8. September 2013

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

### Montag, den 02.09.2013

- 09:00** Behörde für Justiz und Gleichstellung, Drehbahn 36  
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek spricht ein Grußwort für **15 Justizfachangestellten-Auszubildende**.
- 11:00** Vertretung des Freistaats Thüringen beim Bund, Mohrenstr. 64, 10117 Berlin  
Senatorin Jutta Blankau nimmt an der **Sonderumweltministerkonferenz** teil.
- 12:00** Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel, Suhrenkamp 92  
Senatorin Jana Schiedek führt **Dr. Lars Röhrig als neuen Leiter der Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel** in sein Amt ein.  
  
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt teil.
- 15:30** Rathaus, Phönixsaal  
Staatsrat Wolfgang Schmidt begrüßt die **Teilnehmerinnen und Teilnehmer des neuen Jahrgangs der International Academy of Journalism** in Hamburg.
- 16:30** Rathaus, Kaisersaal  
Senator Frank Horch spricht beim **Senatsempfang anlässlich des fünfjährigen Bestehens der Euro- Mediterranen Association für Cooperation and Delvelopment e.V. (EMA)**.
- 19:30** Hamburger Botschaft, Sternstraße 67  
Staatsrat Dr. Nikolas Hill beteiligt sich an **der Podiumsdiskussion im Rahmen des Hamburger Musik Forums des VUT-Nord**.
- 20:00** Emporio Tower, Dammtorwall 15, Panoramadeck  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen der Feier zum **25-jährigen Bestehen von RTL Nord** ein Grußwort.  
  
Senatorin Prof. Barbara Kisseler, Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks, Senator Detlef Scheele, Senator Frank Horch und Senator Ties Rabe nehmen teil.

### Dienstag, den 03.09.2013

- 18:00** Landesvertretung Berlin, Jägerstraße 1 – 3, 10117 Berlin  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **Jahresfestes der Landesvertretung der Freien und Hansestadt Hamburg** ein Grußwort.  
  
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks, Senatorin Jutta Blankau, Senatorin Prof. Barbara Kisseler, Senator Detlef Scheele, Senator Dr. Peter Tschentscher, Staatsrat Jens Lattmann, Staatsrat Jan Pörksen, Staatsrat Wolfgang Schmidt, Staatsrat Dr. Nikolas Hill, Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek und Staatsrat Volker Schiek nehmen teil.

**Mittwoch, den 04.09.2013**

- 10:00** Reinbeker Weg 76  
Senator Ties Rabe spricht anlässlich der **Jubiläumsfeier 125 Jahre Luisen-Gymnasium Bergedorf** ein Grußwort und nimmt an der Jubiläumsfeier teil.
- 12:00** Am Inseipark 9  
Senatorin Jutta Blankau spricht ein Grußwort anlässlich der **IBA Plakettenübergabe und Einweihung des Nahwärmenetzes für das Sparda Passivhaus Plus**.
- 14:00** DESY, Notkestraße 85  
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich der **Grundsteinlegung zum Bau des Zentrums für strukturelle Systembiologie (CSSB)** ein Grußwort.
- 14:30** Emporio Tower, Dammtorwall 15  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Eröffnung des Siemens Zukunftsdialogs** ein Grußwort.  
  
Staatsrat Holger Lange nimmt teil.
- 15:00** Handwerkskammer, Holstenwall 12  
Senatorin Jana Schiedek übergibt ihre **Patenschaftsurkunde an die Stiftung Mittelstand und Handwerk**.
- 17:00** Aurubis AG, Hovestraße 50  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der Begrüßung des neuen **Ausbildungsjahrgangs der Aurubis AG** ein Grußwort.
- 19:00** Emporio Tower, Panoramadeck, Dammtorwall 15  
Senator Frank Horch spricht beim **Siemens Zukunftsdialog zum Thema „Die Balance von Ökologie und Ökonomie“**.
- 19:00** Lufthansa Training & Conference Center GmbH, Lufthansaring 1,64342 Seeheim-Jugenheim, Hessen  
Staatsrat Wolfgang Schmidt hält eine Rede anlässlich des **Hafen Hamburg Event in Hessen, zu dem der Wirtschaftsrat Hessen und Hafen Hamburg Marketing e.V.** gemeinsam einladen.

**Donnerstag, den 05.09.2013**

- 09:30** Gesundheitsinsel, Veritaskai 6  
Staatsrat Michael Sachs hält einen Vortrag anlässlich des **Heuer-Dialogs „Tauziehen am Hamburger Wohnungsmarkt“**.
- 11:00** Maritim Hotel Magdeburg, Otto-von-Guericke-Straße 87, 39104 Magdeburg  
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt teil an der **23. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und –minister, -senatorinnen und –senatoren der Länder (GFMK)**.
- 11:00** im BFW, August-Krogmann-Straße 52  
Senator Detlef Scheele spricht ein Grußwort anlässlich der **5. DGB Bezirksseniorenkonferenz Nord**.
- 11:30** Wilhelmsburg, Neuenfelder Straße 19 (BSU)

Staatsrat Holger Lange nimmt teil an der **Konferenz „Future of Cities“**.

- 12:00** Stadteilschule Lurup, Luruper Hauptstraße 131  
Senator Detlef Scheele spricht ein Grußwort anlässlich der **Eröffnung der Veranstaltung Berufsorientierung "Geh Deinen Weg" der Deutschlandstiftung Integration**.
- 14:00** Wilhelmsburg, Neuenfelder Straße 19 (BSU-Gebäude)  
Staatsrat Michael Sachs nimmt teil an der **Konferenz „Future of Cities“** und hält einen Vortrag „Think Tank Session „Energie Efficiency and Buildings“.
- 17:30** Wiesendamm 24, Theaterfabrik  
Senator Detlef Scheele begrüßt die neuen **Auszubildenden bei Jugendbildung Hamburg** mit einem Grußwort.
- 18:00** Igs  
Staatsrat Andreas Riekhof nimmt teil an einem **Rundgang durch die Kulturlandschaften der Metropolregion Hamburg auf der Internationalen Gartenschau**.
- 18:00** Torhaus Wellingsbüttel, Wellingsbüttler Weg 75  
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich des **15-jährigen Jubiläums von ISIS (Beratungsstelle für Frauen und Mädchen e.V.)** ein Grußwort.
- 18:00** Handelskammer, Adolphsplatz 1  
Senator Ties Rabe nimmt an der **Auszeichnungsveranstaltung „Azubi des Jahres“** teil.
- 18:30** HanseMerkur, Siegfried-Wedells-Platz 1  
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks, Senator Detlef Scheele und Staatsrat Jan Pörksen nehmen teil am **Abend der Begegnungen des Diakonischen Werkes**.
- 19:00** Bürgerstiftung Hamburg, Mozartsäle, Moorweidenstraße 36  
Senatorin Jana Schiedek spricht anlässlich der **Jahresvorstellung der BürgerStiftung Hamburg** ein Grußwort.
- 19:15** Schuppen 52, Australiastraße 52B  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Verleihung des Deutschen Radiopreises** ein Grußwort.  
  
Senatorin Prof. Barbara Kisseler und Staatsrat Dr. Nikolas Hill nehmen teil.
- 20:00** Rathaus, Bürgermeistersaal  
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht beim Senatsempfang anlässlich der internationalen Tagung **„400 Jahre Hochschulwesen in Hamburg“** ein Grußwort.

**Freitag, den 06.09.2013**

- 09:00** Hochschule Fresenius, Alte Rabenstraße 1  
Senatorin Jana Schiedek spricht ein Grußwort anlässlich der **Fachtagung von Dunkelziffer e.V. „Ein Kind braucht uns alle.“**
- 09:00** Hochschule der Bundesagentur für Arbeit in Schwerin, Wismarsche Straße 405, 19055 Schwerin

Senator Detlef Scheele hält eine Rede anlässlich der **Startwoche der neuen Studenten der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit.**

- 10:00** Land's End, Stockmeyerstraße 43  
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort anlässlich **des Deutschen Werkbundtags 2013** in Hamburg.
- 10:00** Rathaus, Büro der Bürgerschaftspräsidentin  
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt gemeinsam mit Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit den neuen **Kommandanten der Fregatte Hamburg, Fregattenkapitän Axel Schulz**, zu dessen Antrittsbesuch.
- 10:50** Rathaus, Großer Festsaal  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Verleihung des Körber Preises** ein Grußwort.  
  
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht beim anschließenden **Senatsfrühstück um 12:30 Uhr** ein Grußwort.
- 11:00** Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestr. 20  
Senatorin Jutta Blankau spricht anlässlich der **Verleihung der Semper Medaille an Uli Hellweg** ein Grußwort.
- 11:00** Airbus- Werk, Kreetslag 10  
Senator Ties Rabe nimmt an der **Airbus- Festveranstaltung „ Azubi-Take-off 2013“** teil und spricht ein Grußwort.
- 11:00** Ehemaliges Hauptzollamt, Alter Wandrahm 19-20  
Staatsrat Michael Sachs spricht ein Grußwort anlässlich des **20jährigen Firmenjubiläums ANALYSE & KONZEPTE GmbH.**
- 12:00** Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26  
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen des **Senatsfrühstücks anlässlich des 85. Geburtstages von Bürgermeister a. D. Klaus von Dohnanyi** ein Grußwort.
- 15:00** Patriotische Gesellschaft, Trostbrücke 4-6  
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort anlässlich der **Auftaktveranstaltung „Unbequeme Denkmäler?“ zum Tag des offenen Denkmals 2013.**
- 17:00** Stadtteilstadt Volksdorf, Weiße Rose 10  
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort anlässlich der **Eröffnung des 35. Stadtteilstadts Volksdorf.**
- 18:00** HSV-Museum, Sylvesterallee 7  
Senator Michael Neumann spricht anlässlich der **Eröffnung der Ausstellung „Sportverräter. Spitzenathleten auf der Flucht“** ein Grußwort.
- 19:00** Thalia Theater, Alstertor  
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort anlässlich der **Saisoneröffnung des Thalia Theaters** und besucht um 20:00 Uhr die Premiere von „Moby Dick“.

**Samstag, den 07.09.2013**



- 09:30** Rauhes Haus, Horner Weg 190, Wichernsaal  
Senator Detlef Scheele spricht ein Grußwort anlässlich des **24. Hamburger Pflegeelterntags**.
- 10:00** Sportpark Rotherbaum, Turmweg 2  
Senator Michael Neumann nimmt am **Unified Sportfest der Special Olympics Hamburg teil und übernimmt die Siegerehrung (ab 15.30 Uhr)**.
- 13:00** Wendenstr. 14 (zwischen den Gebäuden auf der Sachsenstraße – Querstraße zwischen Wendenstraße 16 + 18)  
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich des **50. Jubiläum der Olympus Europa Holding GmbH** ein Grußwort.

**Sonntag, den 08.09.2013**

- 14:30** Café SternChance, Schröderstiftstraße 7  
Senatorin Jana Schiedek begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beim **Hamburger Regenbogenkinderfest**.
- 19:00** Erikahaus, Martinstraße 52  
Herr Staatsrat Dr. Nikolas Hill spricht ein Grußwort anlässlich des Abschlussempfangs der **Stiftung Denkmalpflege am Tag des offenen Denkmals „Unbequeme Denkmäler?“**.
- 20:00** St. Pauli Theater, Reeperbahn  
Senator Dr. Peter Tschentscher ist zu Gast bei der **Premiere des Musicals Linie 1**.